

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

N^o 241.

Sonabend, den 16. Oktober.

1875.

Die Thronrede.

Im königlichen Residenzschloß zu Dresden fand gestern Mittag die feierliche Eröffnung des sächsischen Landtags durch den König in Person statt. Die von Sr. Majestät verlesene Thronrede lautet:

„Meine Herren Stände!

Nach einem Zwischenraume von nur einem Jahre sehe Ich Sie heute wieder um Mich versammelt, um an Ihre, dem Wohle des Landes gewidmeten, ernstlichen Arbeiten zu gehen.

In dem verflossenen Jahre ist unsere Stellung im deutschen Reiche und unser Verhältnis zu seiner Regierung unverändert dasselbe geblieben. Wie Ich stets darauf halte, daß Meine Regierung, unter Aufrechterhaltung der reichsverfassungsmäßigen Rechte und Wahrung der Interessen des Landes die Reichsregierung in ihren Bemühungen zum Wohle des Reichs aufrichtig unterstützt, so hat sich Meine Regierung auch während des vergangenen Jahres eines freundlichen und wohlwollenden Entgegenkommens der Reichsregierung ununterbrochen zu erfreuen gehabt und alles berechtigt zu der Hoffnung, daß dieses erwünschte, auf gegenseitigem Vertrauen und auf der offenen Anerkennung und Achtung gegenseitiger Rechte und Pflichten beruhende Verhältnis auch künftig unverändert fortauern wird. Für die inneren Verhältnisse Sachsens aber war das vergangene Jahr nach verschiedenen Richtungen hin von der größten Bedeutung; es war ein Jahr der inneren Entwicklung in der vollsten Bedeutung des Wortes.

Die auf dem vorletzten Landtage verabschiedeten Organisationsgesetze sind, nachdem Sie, Meine Herren, auf dem letzten Landtage die dazu erforderlichen Mittel bewilligt haben, während des vergangenen Jahres durchgängig ausgeführt worden. Wenn Ich am Schlusse des letzten Landtags an dieser Stelle nur aussprechen konnte, daß es von der Art und Weise, wie die Beteiligten die durch jene Gesetze gegebene größere Ausdehnung der Selbstverwaltung verstehen und benutzen würden, abhängig bleibe, ob die neuen Einrichtungen den Nutzen gewähren würden, den Ich Mir von ihnen versprach, so gereicht es Mir zu großer Genugthuung, heute aussprechen zu können, daß Ich Mich in Meiner Erwartung von den Erfolgen der neuen Gesetze, in Meinem Vertrauen zu der Reife und dem verständigen Sinne der Bevölkerung Sachsens nicht getäuscht habe. Die neuen Gesetze und die dadurch geschaffenen Einrichtungen haben überall im Lande ein richtiges Verständnis und eine rege Theilnahme gefunden; die neu geschaffenen Organe der Selbstverwaltung haben, soweit die Erfahrungen bis jetzt reichen, die ihnen gestellte Aufgabe in einer Weise zu lösen gesucht, welche deutlich erkennen läßt, daß sie sich dabei nicht nur der ihnen gewährten Rechte, sondern auch der damit verbundenen Pflichten vollständig bewußt gewesen sind.

Einen gleich günstigen Erfolg hat das ebenfalls in dem vergangenen Jahre durchgeführte Schulgesetz gehabt, und mit besonderer Befriedigung erkenne ich es an, daß die Gemeinden des Landes gern bereit gewesen sind, den Forderungen des Gesetzes zu genügen, auch wenn ihnen zu diesem Zwecke bedeutende Opfer angeeignet werden mußten.

Zu Meinem lebhaften Bedauern ist in den gewerblichen Verhältnissen des Landes, auf welche die allgemeine Geschäftslage nicht ohne Einfluß hat bleiben können, die gewünschte Besserung noch nicht eingetreten. Umso mehr hat es Mich getraut, bei den jüngst hier stattgehabten Ausstellungen wahrzunehmen zu können, daß die sächsische Industrie sich dadurch in ihrem Streben nach Vervollkommnung ihrer Erzeugnisse nicht hat entmutigen lassen und auch in Bezug auf die Mannichfaltigkeit ihrer Produkte in stetem Fortschreiten begriffen ist, während gleichzeitig in weiteren Kreisen das Bestreben hervortritt, durch öffentliche Vorführung guter, kunstgewerblicher Muster früherer Zeiten auf die Bildung des Geschmacks im Allgemeinen fördernd einzuwirken.

Wenn der Weltfriede, wie wir alle wünschen, uns recht lange erhalten bleibt, wird auch die Bevölkerung die nöthige Zeit finden, um durch Arbeit und Sparsamkeit die Ver-

mögensverluste zu ersetzen, die sie als Folge maßlos übertriebener Spekulationen erlitten hat, und mit der Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes wird von selbst wieder eine größere Nachfrage nach den Produkten der Industrie entstehen und damit auch diese, soweit sie nicht selbst auf unsolider Basis beruht, wieder zu Kräften kommen.

In dem Budget für die bevorstehende Finanzperiode tritt zum ersten Male die Einkommensteuer auf. In Gemäßheit des deshalb auf dem vorigen Landtage verabschiedeten Gesetzes hat in diesem Jahre eine allgemeine Abschätzung alles Einkommens im Lande stattgefunden. Die Resultate derselben werden Ihnen vorgelegt werden; die Bestimmung desjenigen Theils des Staatsbedarfs, der durch die Einkommensteuer aufgebracht werden soll, bleibt von dem Ergebnisse Ihrer Beratungen über die Ihnen von Meiner Regierung zu machenden Vorschläge abhängig.

Erfreulich ist es Mir endlich, daß die auf dem letzten Landtage mehrfach geäußerten Besorgnisse, daß die Staatseinnahmen unter dem Drucke der gegenwärtigen Zeitverhältnisse leiden würden, sich nicht bestätigt haben. Wenn auch bei einzelnen Einnahmequellen im Jahre 1874 ein Rückgang zu bemerken gewesen ist, so haben doch andere so bedeutende Mehrerträge geliefert, daß auch der Abschluß des vorigen Jahres einen nicht unbedeutenden Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben ergiebt.

Auch auf diesem Landtage werden Sie eine größere Anzahl meist durch frühere ständische Anträge veranlaßte Gesetzesentwürfe zu beraten haben; es ist Sorge dafür getragen, daß Ihnen dieselben sobald wie irgend möglich vorgelegt werden sollen.

So heiße Ich Sie denn, Meine Herren, hiermit herzlich willkommen. Möge Gott Ihre Arbeiten segnen und sie zu einem geblühten Ziele führen.“

Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche und deren 17. Kongreß zu Dresden.

IV.

Es folgte nun die Verhandlung über das erste Hauptthema des Kongresses: „Die Mitverantwortlichkeit der Gebildeten und Besizenden für das Wohl der arbeitenden Klassen,“ über welches Oberkirchenrath Dr. Mühlhauer aus Wilsdringen in Baden als Hauptreferent bestellt war. Sein fast zweistündiger Vortrag war ein Meisterstück erschöpfender und tief ergreifender Behandlung dieses Kernpunktes der sozialen Frage vom religiös-sittlichen Gesichtspunkte, vom Gesichtspunkte der Gewissensverpflichtung des Einzelnen aus. Der Gedankengang war folgender: Die volle Existenz der sozialen Frage und insbesondere der Arbeiternoth muß anerkannt werden. Verschuldet ist sie durch den Egoismus unserer Zeit, durch die materialistische Geistesrichtung und den sinnlichen Lebensgenuß, welche aus den höheren Ständen in die tieferen Schichten des Volkes eingedrungen sind. Infolge dessen geht der Mittelstand mehr und mehr zurück, und in den unteren Gesellschaftsklassen machen sich Nothstände leiblicher und geistiger Verkümmerng offenbar. Kein Gegenbeweis fürs Vorhandensein der Arbeiternoth ist dabei etwa die Vergnügungssucht der Arbeiter, die sie vielmehr eine krankhafte Erscheinung jener. Ebenso wenig reuziert sich etwa die Arbeiterfrage in ihrer drohenden Schärfe, die sie angenommen hat, auf eine künstliche Aufhebung der Arbeiter. Nein, wir stehen am Beginn einer sozialen Krisis. Wie seiner Zeit der dritte Stand, so schiebt sich jetzt der vierte Stand in den Organismus der bürgerlichen Gesellschaft ein. Um deswillen ist der Plan einer sozial-politischen Revolution vielen ein Evangelium. Ein Zeichen der Zeit hierfür sind die 339,000 Stimmen der Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagswahl, und ein Beweis, daß nicht bloß gewöhnliche Nothstände, sondern eine gesellschaftliche Gefahr vorliegen. Die Sozialdemokratie ist aber keinesfalls etwa gleichbedeutend mit der Arbeiterfrage, sondern letztere hat nur durch die Sozialdemokraten ihre dormalige gefährliche Schärfe erhalten. Gegenüber jenen Nothständen und im Hinblick auf die dem vierten Stande gerechter Weise zukommenden Ansprüche hat jeder Gebildete und Besizende sich die Frage vorzuliegen: Willst du Priester, oder Levit, oder Samariter sein?

Referent zeigte nunmehr die Aufgaben, beziehentlich Mittel zur Heilung der vorhandenen Schäden und führte aus: Die Sozialdemokratie ist eine Gefahr für Bildung und Besiz. Denn von wahrer, sittlicher Bildung des Geistes und Herzens will sie nichts wissen; und umfassendste

Enteignung aller Habe der Besizenden steckt sie an. Eine dreifache Wurzel hat aber das Uebel der Sozialdemokratie: Loslösung des Geistes von aller göttlichen Ordnung, atomistische Loslösung des Einzelnen von den solidarischen Verbindungen und korporativen Gemeinschaften der bürgerlichen Gesellschaft und Hingabe an den sinnlichen Lebensgenuß. Daraus ergiebt sich aber auch zugleich, daß die Sozialdemokratie nur möglich geworden ist durch die Mitschuld der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, vor allem durch die aufgestellte Lehre der unbedingten freien Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete. Aus alledem folgt aber auch, daß die Sozialdemokratie zu bekämpfen ist mit allen Mitteln des Geistes und des Gesetzes; dagegen für die Wohlfahrt der besizlosen Klassen aus eignem freien Entschlusse seitens der Gebildeten und Besizenden und nicht etwa im Dienste einer politischen Partei einzutreten ist.

Um deswillen muß, da selbstverständlich eine Rückkehr weder zur früheren Gesetzgebung, noch zu früheren patriarchalischen Zuständen möglich ist, zunächst das Recht des vierten Standes anerkannt werden, selbständig in allen Fragen des Lebens mitzureden. Ein aufrichtiges Zusammenwirken mit demselben ebnet dann ganz von selber den Boden für eine gesunde und geregelte Regelung der gewerblichen Verhältnisse für welche eine nur freie Vereinigung keine nachhaltige dauernde Kraft hat. Und sodann ist im Hinblick darauf, daß die Arbeiterfrage nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine sittliche Frage ist, sowohl von der Kirche, wie von der Presse, unter Betonung der allgemeinen Mitschuld der Gesellschaft an den jetzigen Zuständen, muthig zu appelliren an die sittliche Verantwortlichkeit der Gebildeten und Besizenden, einmal den Arbeiter zur wahren Bildung auf Grundlage des Christenthums zu erheben, ihn klar zu machen über seine Lage, Stellung, Aufgabe und sonstigen Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft — um deswillen einerseits alle vornehme Abgeschlossenheit zwischen den einzelnen Ständen auf Grund des Evangeliums fallen muß, und andererseits der Arbeiter nicht etwa nur in einzelnen Zweigen gebildet werden darf, wie in den Arbeiterbildungsschulen, die nichts weiter sind, als Vorschulen für die Sozialdemokratie — und zum andern müssen die Besizenden, weil Eigenthum Pflichten auferlegt, den dormalen vorhandenen Nothständen in den besizlosen Klassen thätlich durch Vereine und Anstalten abhelfen: Neben der vollen Anerkennung des Rechtes Privateigenthums zu erwerben, muß mit demselben fürs allgemeine Wohl gewirkt werden. In diesem richtigen Gebrauche des Eigenthums besteht der rechte Sozialismus des Christenthums, dessen evangelische Forderung: „Geben ist seliger, denn Nehmen“, sich mit dem obersten Grundsätze zur Beförderung echter Volkswohlfahrt deckt: „dem Ganzen dienen“. Da gilt nun Mittel darzulegen, daß den Lehrlingen nicht nur die jetzt fehlende tüchtige technische Ausbildung, sondern auch zugleich die religiöse Erziehung kann gegeben werden; daß die Töchter der Arbeiter Schutz und Halt vor der Prostitution empfangen; daß das Familienleben der Arbeiter durch gesündere Wohnungen, durch rechte Sonntagsheiligung u. s. w. freundlicher und würdiger gestaltet werde. Da gilt es, allerlei Vereine für Dienstbotenfürsorge, Armenpflege und dergl. zu stiften und mit den nöthigen Mitteln auszustatten, und endlich Hilfs- und Unterstützungskassen für die Fälle der Krankheit und der Noth zu gründen. In solcher Weise zu helfen, befehlt vom Geiste evangelischer Bruderliebe, ist die sittliche Pflicht aller Gebildeten und Besizenden, und ist das einzige Heilmittel gegen die Sozialdemokratie. Geschieht's alsbald, so ist das soziale Uebel unserer Zeit noch zu heilen, doch es ist eben die höchste Zeit. Schließlich stellte Referent auf Grund seiner trefflichen Ausführungen 2 Thesen auf, welche der Kongreß einstimmig annahm:

1) Die Verbesserung der Arbeiterzustände steht im Zusammenhange mit der sozialen Reform der Gesellschaft auf Grund der göttlichen Ordnungen und der Theilnahme der sittlichen Verantwortlichkeit, welche jedem Gliede der Gesellschaft zum Wohle des Ganzen obliegt.

2) Der Kongreß für innere Mission hält die gebildeten und besizenden Klassen um ihrer bevorzugten Stellung willen für besonders verpflichtet, für die sittliche und soziale Hebung der arbeitenden Klassen mit den Opfern einzutreten, welche das Gebot der christlichen Bruderliebe von ihnen fordert.

Tageschau.

Freiberg, den 15. Oktober.

Nach übereinstimmenden Meldungen mehrerer Berliner Blätter wird Fürst Bismarck, dem dringenden Rathe seines Arztes folgend, den Kaiser Wilhelm nicht nach Italien begleiten. Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers soll neuerdings wieder ein sehr unbefriedigender sein. Nach den

Inserate werden bis Samstag 11 Uhr für nächste Nr. angenommen u. die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet. Inserate sind stets an die Expedition, Frotzcher'sche Buchhandlung, zu senden.